

Zwischen Image und Realität

Südostasiatische Flüchtlinge in Südkorea

Die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik Südkoreas wandelt sich. Der Wunsch der Republik, nicht nur Anerkennung für wirtschaftliche Erfolge auf dem internationalen Markt zu erfahren, sondern auch eine führende Rolle in diplomatischen und politischen Angelegenheiten einzunehmen, weicht alte Denkstrukturen auf und zwingt den Staat zum Handeln.

Ende 2015 hieß der südkoreanische Staat die ersten 22 Geflüchteten aus Myanmar ein »warmes Willkommen« und beglückwünschte sie zu ihrem positiven Start im Ansiedlungs-Pilotprojekt der Regierung, wie es auf der koreanischen Homepage der UN-Flüchtlingsagentur heißt. Das Projekt sieht vor, für drei aufeinanderfolgende Jahre jeweils 30 Geflüchtete aus Myanmar in Südkorea aufzunehmen, beziehungsweise ihnen die Eingliederung in die Gesellschaft unter Aufwand spezieller Sprach- und Integrationsprogramme zu ermöglichen. Für das koreanische Immigrationsbüro bedeutet dies einen großen Schritt vorwärts für beide Seiten, denn »Korea (...) hat Verantwortung als Mitglied in der internationalen Gemeinschaft angenommen, während den Flüchtlingen eine Möglichkeit gegeben wird, von Neuem als Mitglieder der koreanischen Gesellschaft anzufangen«. Die Zulassung von 90 Geflüchteten innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und lässt ein ungutes Gefühl aufkommen – Südkorea weist damit mit seinem Nachbarn Japan, und im Vergleich zu anderen OECD-Ländern, die niedrigsten Raten überhaupt in der Anerkennung von Asylsuchenden auf. Auch die Form der Durchführung des Projektes lässt vermuten, dass es sich hierbei vor allem um eine Imagekampagne der südkoreanischen Regierung handelt. Die Auswahl der Geflüchteten durch den Staat gleicht einer Auslese: Nur diejenigen, die Potenzial in Interviews mit den koreanischen Behörden und einen starken Willen zur Integration aufweisen, bekommen eine Chance.

(K)eine Willkommenskultur

Die einheimische südkoreanische Bevölkerung nimmt Menschen, die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen aus Ländern Südostasiens fliehen und in Südkorea um Asyl bitten, bisher kaum wahr. Mit Geflüchteten werden »nordkoreanische Ausreißer« oder Menschen auf der Flucht vor Naturkatastrophen assoziiert. Diese werden als Empfänger

humanitärer Hilfsmittel gesehen, nicht als Opfer von Verstößen gegen die Menschenrechte.

Der aus Myanmar stammende Maung Zaw reiste zunächst als geflüchteter politischer Aktivist ohne Asylantrag nach Südkorea ein. In einem Vortrag anlässlich eines Deutschlandbesuchs von Geflüchteten, die in Südkorea leben, beschrieb er, wie er sich als ehemaliges Mitglied einer studentischen Protestorganisation dem Milieu der südkoreanischen Arbeiterschaft ausgeliefert sah. Dies war insofern schwer zu ertragen, da Arbeiter und Arbeiterinnen aus Südkorea Menschen aus ärmeren Herkunftsländern häufig mit Verachtung begegnen. Zusätzlich wird durch die sprachliche Barriere der Druck erhöht, den Herabwürdigungen nichts entgegenzusetzen zu können.

Auch seitens des Staatsapparats erfahren Protektionsbedürftige oft nur wenig Entgegenkommen. Im Gegenteil ist besonders häufig bei nicht-dokumentierten MigrantInnen (Geflüchteten ohne Papiere) eine grobe und in manchen Fällen auch menschenunwürdige Behandlung vorzufinden. Beispielsweise versuchten Aufseher bei einem Brand in einer Einrichtung zur Verwahrung »illegaler Ausländer«, das Feuer durch verschlossene Gittertüren zu löschen anstatt die Insassen herauszuholen. Erst infolge dieses Vorfalls wurden mehrere Büros zur Investigation und Kontrolle solcher Einrichtungen ins Leben gerufen. Aus Untersuchungen geht hervor, dass die Zustände vor Ort gegen die Genfer Flüchtlingskonvention sowie das Protokoll von 1967 verstoßen, welche Südkorea 1992 unterzeichnet hat. Dabei

von
Mira Krebs

Die Autorin studierte »Integrierte Koreastudien« an der Freien Universität in Berlin und ist derzeit als Praktikantin im Korea Verband tätig.

Menschenrechtsaktivist Maung Zaw aus Myanmar erhielt Asyl in Südkorea
Foto:
Uli Kretschmer





Flash Mob
anlässlich des
Weltflüchtlings-
tages
Foto:
humanrights-
korea.org

könnte Korea an eine anfangs noch Willkommen-
heißende Kultur aus den siebziger Jahren anknüpfen.
Den größten Zustrom an schutzsuchenden Geflüch-
teten erlebte Korea während des Kalten Krieges,
was mit der Entsendung südkoreanischer Truppen
nach Indochina unter dem damaligen Präsidenten
Park Chung-Hee zusammenhing. Mit dem Rück-
zug der Truppen aus Vietnam 1975 empfing Süd-
korea knapp 1.600 ImmigrantInnen, hauptsächlich
vietnamesische Frauen, die von den ausländischen
Soldaten aus ihren Herkunftsländern nach Südko-
rea gebracht wurden. Dort erhielten sie die Option
auf Einbürgerung oder ein dauerhaftes Bleiberecht.
Mit der Einreise weiterer fliehender Menschen aus
Indochina zwei Jahre später setzte die südkoreani-
sche Regierung zu einem neuen Kurs an, der jegliche
Aufnahme von Geflüchteten verhinderte und die
Landesporten auf lange Zeit verschloss. Dies sollte
Menschen abhalten, die aus wirtschaftlicher Not her-
aus ihre Heimatländer verlassen.

Kontrollpolitik statt Schutzpolitik

Erst im Jahr 1992 gelang Südkorea die Einführung
eines nationalen Systems zur Flüchtlingspolitik auf
Grundlagen der UN-Flüchtlingskonvention von
1951. Zwei Jahre darauf unternahm die Regierung
erste zögerliche Versuche, die humanitären Richtli-
nien des Vertrages in die Realität umzusetzen. 1994
wurden die ersten offiziellen Asylbewerber nach
dem Beitritt zum UNHCR registriert. Die Anerken-
nung des ersten Geflüchteten erfolgte 2001.

In der Umsetzung der Gesetzgebung zum
Umgang mit Geflüchteten sah es in den vergange-
nen zwei Jahrzehnten jedoch noch düster aus. Viele
Geflüchtete schafften nicht einmal den Weg aus dem
Flughafengebäude heraus. Die Mehrheit der Ankom-
menden wurde bereits bei ihrer Ankunft abgewie-
sen und bekam keine Chance auf ein faires Ver-
fahren zur Prüfung ihres Asylanspruchs. Auch wurden
physische Gewaltanwendung und diskriminierende
Sprache gegenüber AsylbewerberInnen seitens der
Behörden dokumentiert. Selbst BewerberInnen, die
einen erfolgreichen Antrag auf ein zeitlich begrenz-
tes Aufenthaltsrecht gestellt hatten, landeten mit
hoher Wahrscheinlichkeit nach Ablauf des temporä-
ren Visums in derselben Misere wie viele Arbeitsmig-
rantInnen in Südkorea: Bei einer Arbeit in der Schat-
tenökonomie, einem ›3D-Job‹ (dirty, dangerous and
demeaning – in der Regel Schwarzarbeit im Bauge-
werbe oder der Prostitution).

Gründe für den zähen Prozess der Akzeptanz und
letztendlich der Umsetzung der internationalen Nor-
men zur Flüchtlingspolitik in Südkorea resultieren
aus einer gespaltenen Einstellung des Staates: Einer-
seits geht es um wirtschaftliche Interessen und den
Erhalt einer ethnischen Homogenität, andererseits ist
das moderne Südkorea, besonders seit dem früheren
Präsidenten Lee Myung-bak, sehr darauf bedacht, das
Image des Landes in der internationalen Arena aufzu-
polieren. WissenschaftlerInnen mit dem Forschungs-
schwerpunkt ›koreanische Flüchtlingspolitik‹ geben
an, dass die Regierung trotz Änderung des nationa-
len Gesetzes zur Immigration, dem *Immigration Con-
trol Act ICA* 2008, eher eine Politik der Kontrolle als

eine Schutzpolitik verfolge. Eine separate Verordnung zum Umgang mit Geflüchteten und Asylbewerbern in Südkorea trat erstmals 2013 in Kraft.

Die abweisende Haltung sowohl des Staates als auch der Bevölkerung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten, welche in den industriell entwickelten ostasiatischen Staaten Südkorea und Japan vorzufinden ist, rührt laut Annahme von Experten aus der ›Elitären Politischen Kultur‹ (*Elite Political Culture*) dieser Länder. Zudem fehlt den Ländern eine starke regionale Bewegung, die eine humanitäre Entwicklung und die Durchsetzung der Rechte von ArbeitsmigrantInnen, AsylbewerberInnen und Geflüchteten vorantreiben würde. Die Hypothese der Elite-Kultur in Südkorea und Japan geht von elitären Gruppen innerhalb beider Staaten aus, die über enge Kontakte zur Politik verfügen und auch die Immigrationspolitik beeinflussen. Diese Eliten sähen sich kaum zur Ausübung von humanitären Hilfeleistungen verpflichtet. Im Vergleich dazu hätten europäische Nationen, im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern und durch die Offenheit der EU gegenüber der Ansiedlung von MigrantInnen, eine Basis an humanitären Werten geteilt. In Südkorea und Japan hingegen existiere keine derartige moralische Vorstellung innerhalb der Eliten. Asylsuchende und ImmigrantInnen werden folglich als finanzielle und allgemein unerwünschte Bevölkerungsgruppen abgelehnt.

Trotz des wirtschaftlich erreichten Wohlstandsniveaus prägt das Bild des »Entwicklungsstaates«, der exportiert und gleichzeitig die einheimischen Märkte schützt, weiterhin das Denken und Handeln in den ostasiatischen Nationen. Dieses Argument würde sich gut in die Hypothese der Elite-Kultur integrieren, denn dann ließe sich die »moralische Werthaltung« der europäischen Staaten durch die wirtschaftsorientierte Entwicklungshaltung der einflussreichen Eliten in Südkorea und Japan ersetzen.

Asylpolitik als Imagepolitik

Neuere Entwicklungen jedoch lassen Hoffnung für eine asylfreundlichere Politik in Südkorea aufkeimen. Dies ist auch dem wachsenden Druck seitens sozial und politisch engagierter Initiativen zuzuschreiben. Es entstehen neue Zusammenschlüsse zwischen Menschenrechtsanwälten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und internationalen Organisationen für Menschenrechte, die gemeinsam für eine faire Behandlung und soziale Inklusion von Geflüchteten und anderen Betroffenen in der Republik Korea eintreten. Ein weiterer Faktor für Anpassungen in der legislativen Asylpolitik Südkoreas liegt in den Bemühungen der Regierung, eine leitende Rolle über die nationalen Grenzen hinaus einzunehmen. Weg vom Image des Industriestaates und hin zu einem wettbewerbsfähigen *global citizen* setzt Südkorea immer mehr auf ein

Repertoire an Softpower-Strategien. Als Beispiel wäre hier die 2009 eingeführte *New Asia Initiative* NAI zu nennen, die sich positiv auf die Beziehungen zu den ASEAN-Ländern ausgewirkt hat. Hierbei ging es um eine Erweiterung finanzieller Entwicklungshilfen sowie finanzieller Unterstützung aufgrund eines Konzepts zum Klimaschutz ausbau in Asien.

Zunehmend in den Fokus der Regierenden tritt damit auch die Umsetzung des Wunschbildes, Korea als einen verantwortungsbewussten und global aktiven Staat zu repräsentieren. Allerdings lassen sich dabei Unterschiede zwischen ›Image‹ und ›Realität‹ nicht leugnen. Zwar mag Südkoreas Gesetzgebung und die globale Repräsentation des Landes sich zugunsten der Herrschenden positiv entwickelt haben, dennoch treten Defizite in der alltäglichen Wirklichkeit zutage – besonders, wenn der Blick dabei auf menschliche Qualitäten fällt.

Literatur

- > Domínguez, Gabriel, 2014. »No country for refugees? Japan and South Korea's tough asylum policies«, <http://www.dw.com/en/no-country-for-refugees-japan-and-south-koreas-tough-asylum-policies/a-18037765>.
- > Goedde, Patrida, 2015. »Improving the Rights of Detained Asylum Seekers in South Korea«, *Korea Observer*, 46(1), 89–115.
- > Hwang, Balbina Y., 2012. »Korea: A Model for Southeast Asia?«, <http://thediplomat.com/2012/04/korea-a-model-for-southeast-asia/>.
- > Schattle, Hans & Jennifer McCann, 2013. »The Pursuit of State Status and the Shift toward International Norms: South Korea's Evolution as a Host Country for Refugees«, *Journal of Refugee Studies*, 27(3), 317–337. DOI: 10.1093/jrs/fet003.
- > Schwak, Juliette, 2015. »South Korean Nation Branding: Global recognition as the final step in a successful capitalist development«, <http://perspectivesinternationales.com/?p=1274>.
- > Seol, Dong-hoon & John D. Skrentny, 2009. »Why Is There So Little Migrant Settlement in East Asia?«, *International Migration Review*, 43(3), 578–620. DOI: 10.1111/j.17ber47-7379.2009.00778.x
- > Shin, Heinn. 2015. »South Korea receives first refugees in pilot programme«, <http://www.unhcr.org/567a73aa6.html>.
- > Soysal, Yasemin Nuho Lu, 2014. »Mapping the terrain of transnationalization: Nation, citizenship and region« in: Soysal, Yasemin Nuho Lu (Hrsg.). *Transnational Trajectories in East Asia: Nation, Citizenship, and Region*. http://samples.sainsburysebooks.co.uk/9781317592594_sample_787335.pdf.
- > The Republic of Korea, 2008. »Low Carbon, Green Growth: Korea's Third National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change«, <http://unfccc.int/resource/docs/natc/korcnc3.pdf>.
- > UNHCR Representation in the Republic of Korea, 2015. »The Republic of Korea – Fact Sheet«, <http://www.unhcr.org/500019d59.html>.